

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 9, 6. Mai 1998

rechts

Einblicke

Den Trend stoppen

Von Christel Hanewinkel

Das erschreckende Vordringen der Rechtsextremen in Sachsen-Anhalt hat uns wachgerüttelt. Der Schock sitzt tief. Wir müssen genau hinsehen und verstehen, warum Menschen auf platte Werbeparolen hereinfallen; vor allem aber den Trend stoppen durch entschlossenes politisches Handeln. Denn die Ausgangsbedingungen für ein Erstarken des Rechtstextremismus sind überall in Ostdeutschland die gleichen wie in Sachsen-Anhalt. Und täuschen wir uns nicht: Auch Westdeutschland bleibt dafür anfällig.

In den Siedlungen, wo Facharbeiter aus DDR-Zeiten wohnen, arbeitslos und ohne Zukunft, erleben Jugendliche bei ihren Eltern, daß Angst, Resignation, Aggressionen mit am Tisch sitzen. Politische Bildung reicht dort nicht hin, weil Infrastruktur und Geld fehlen, ja sogar das Vereinslokal an der Ecke. So fallen Parolen auf fruchtbaren Boden, die versprechen, daß Enttäuschte endlich gerecht behandelt werden, daß Schuldige gefunden sind, die zur Verantwortung gezogen werden. Noch merken die DVU-Wähler nicht, daß hinter den Parolen kein politisches Programm steht. Also werden weitere Enttäuschungen auf die Enttäuschten zukommen, auf die Menschen, die ihre demokratischen Rechte an antidemokratische Rechte delegieren.

Deshalb ist Handeln in der Jugendpolitik gefordert. Solange Bildung, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit als „konsumtive“ Ausgaben angesehen werden, wird das Risiko steigen. Auch in die politische Bildung der Erwachsenen muß investiert werden. Doch Politik kann das nicht allein leisten. Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Vereine, Verbände, Schulen - alle müssen Lehren ziehen und zusammenwirken. Das DVU-Wahlergebnis, Gewalt gegen Menschen, rechtsextreme Angriffe gegen das Leben einzelner, Anschläge, Ausschreitungen und Überfälle sind nicht als Taten von Einzelgängern oder Randgruppen abzutun, sondern müssen gekennzeichnet werden als das, was sie sind: Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat.

Marionetten

Die 16 unbedarften Politneulinge im Magdeburger Landtag werden von der DVU-Zentrale aus in München dirigiert.

Seite 2 ■

Sprengstoffzünder

Mit DDR-Nostalgie und sozialen Themen macht die NPD Propaganda in den neuen Bundesländern.

Seite 4 ■

Reiche Gönner

Rechtsextreme Parteien werden von wohlhabenden Mäzenen gesponsert.

Seite 7 ■

Eroberungsfeldzug

Die Scientology-Organisation will in Rußland Schlüsselpositionen besetzen.

Seite 8 ■

Nur Jugendsünden?

Ein Bundeswehroffizier ist wegen seiner rechtslastigen Vergangenheit unter Beschuß geraten.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund

Polit-Zombies

Durch den Wahlerfolg der rechtsextremistischen DVU wird dem Landtag von Sachsen-Anhalt eine 16köpfige Fraktion von politischen Nobodies beschert. Deren Geschicke dürften wieder - wie mehrfach praktiziert - aus der Münchner Zentrale der Frey-Partei gelenkt werden.

Rechtsextrem? Horst Mertens guckt ein wenig verständnislos. „Deutsch, national eben“ seien er und die Partei, für die er nun in den Landtag einziehen soll. Derzeit ist Mertens noch als ABM-Kraft beschäftigt, werkelt auf dem Friedhof von Schopsdorf nahe der Grenze zu Brandenburg vor sich hin. „Die ganzen Ausländer“, begründet er seinen Schritt in die Politik und auf die Landesliste der rechtsextremen „Deutschen Volksunion“ (DVU), die bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erstmals antrat, aus dem Stand 12,9 Prozent der Stimmen einfuhr und damit 16 Abgeordnete ins Landesparlament entsenden kann. Mertens guckt erneut verständnislos, als er erfährt, daß Sachsen-Anhalt mit nur 1,8 Prozent den niedrigsten Ausländeranteil aller deutschen Bundesländer hat. „Na, die Kriminalität“ schiebt der künftige DVU-Abgeordnete noch hinterher, damit scheint sich sein politisches Weltbild zu erschöpfen - oder zumindest die Fähigkeit, ein solches zu artikulieren.

Die einen können nicht, die anderen wollen nicht. Journalisten, die in den Tagen nach der Landtagswahl von Sachsen-Anhalt versucht haben, künftige DVU-Parlamentarier zu politischen Aussagen zu bewegen, zogen zumeist mit leeren Blocks wieder von dannen. Die sind entweder vollends abgetaucht, fehlen an ihren Arbeitsplätzen oder sie weigern sich, irgendetwas zu sagen. „In diesem Land kann ich immer noch frei entscheiden, ob und wem ich was sage oder nicht“, begründet der 51jährige Langzeitarbeitslose Werner Kolde aus Drübeck bei Wernigerode sein Schweigen. „Intelligenzquotient unter Zimmertemperatur“, faßte der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung seine Erfahrungen bei der Bemühung, mit DVU-Parlamentariern ein halbwegs fundiertes politisches Hintergrundgespräch zu führen, zusammen. Auch Claudia Wiechmann aus Kakau im Landkreis Anhalt-Zerbst verweist Journalisten bei entsprechenden Anfragen gleich nach München, wo der Multimillionär Gerhard Frey die Strippen der Partei zieht, die auf Gedeih

und Verderb von ihm abhängig ist, nicht zuletzt finanziell. Frey ist nicht nur Chef der DVU, er verdient auch nicht schlecht an seiner Partei. Bis zu 90 Prozent ihrer jährlichen Zinszahlungen, so schätzen Experten, muß die Partei direkt an ihren Vorsitzenden abführen.

Diese Marge dürfte jetzt noch höher werden, denn Frey hat im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt eine gigantische Materialschlacht entfacht. Rund drei Millionen Mark soll Frey in die Schlacht um die Wähler von Sachsen-Anhalt gepumpt haben, mehr als SPD und CDU zusammen. Aber auch in der heißen Phase des Wahlkampfes blieb die DVU eine Phantompartei, führte den Wahlkampf aus der Anonymität heraus. Spitzenkandidat Helmut Wolf, ein arbeitsloser Diplom-Ingenieur aus der Gegend von Wolfen, tauchte nur auf einigen Großflächenplakaten auf, darüberhinaus nur in einem Fernsehspot. Mit schlagwortartigen und rassistischen Parolen appellierte er da an die niedrigsten Instinkte des Wahlvolkes und vor allem an dessen Politikerverdrossenheit: „Für jeden DVU-Kandidat, der in den Landtag einzieht, fliegt einer der etablierten Politsäcke raus“, untermauerte Wolf in dem Spot die zentrale Botschaft seiner Partei, die da lautete: „Diesmal Protest wählen!“ Diese Botschaft ist offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen, die Wählerwanderung zeigt, daß insbesondere vormalige Nichtwähler diesmal an die Urnen gegangen sind und ihr Kreuz bei der DVU gemacht haben. Die zweite Gruppe, bei der Frey und Konsorten reiche Ernte einfuhren, ist die Gruppe der Erst- und Jungwähler. Ganz gezielt hat die DVU dafür aus den Melderegistern die Anschriften von 18- bis 29jährigen männlichen Wahlberechtigten angefordert. Lediglich drei Kommunen haben sich diesem Begehren verweigert, obwohl die entsprechende Möglichkeit im Meldegesetz des Landes nur eine Kann-Bestimmung ist.

■ „Intelligenzquotient unter Zimmertemperatur“ ■

Der 65jährige Multimillionär Frey bestreitet zwar, daß die Abgeordneten seiner Fraktion im Magdeburger Landtag nur Marionetten sind, deren Fäden aus der Parteizentrale gezogen werden, aber die Erfahrung aus anderen Parlamenten, in denen die DVU bislang vertreten war, lehrt, daß genau dies der Fall ist. Die Geschäfte der Fraktionen im schleswig-holsteinischen Landtag und in der Bremer Bürgerschaft wurden bis hin zur Formulierung

parlamentarischer Anfragen per Fax von München aus geführt. Dort residiert Frey mit seinem Firmenimperium in der Paosostraße und verdient gut im Geschäft mit dem rechten Denken und dem politischen Protest. Publizistisches Flaggschiff des rechtsextremen Frey-Konzerns sind die „Deutsche National-Zeitung“ und die „Deutsche Wochen-Zeitung“. Die Blätter polemisieren u.a. regelmäßig gegen Israel, verherrlichen die Wehrmacht und wettern gegen die „Kriegsschuldlüge“. Vor allem aber wirbt Frey in seinen Wochenzeitungen für seinen Handel mit Wehrmachtsdevotionalien, Videos, CDs und Büchern. Die DVU gründete er 1971 als Sammelbecken nationaler und rechtsextremer Bewegungen, neben dem weiter bestehenden gleichnamigen Verein wurde 1987 die Partei DVU ins Leben gerufen.

Bei Wahlen trat die DVU bislang stets in Ländern mit besonders ausgeprägten sozialen Spannungen an. Sachsen-Anhalt, das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit (derzeit 22,6 Prozent) schien Frey diesmal die richtige Spielwiese. Da störte es wenig, daß die DVU in Sachsen-Anhalt kaum funktionierende Parteistrukturen aufzuweisen hat. Zwar soll die Partei nach Angaben der Münchner Zentrale in Sachsen-Anhalt 1.500 Mitglieder haben, aber das dürfte Wunschdenken sein. 1995 noch hatte der Verfassungsschutz 50 DVU-Mitglieder registriert und im Jahr darauf einen Rückgang auf 30 Mitglieder vermeldet. Bis vor kurzem wurde der Landesverband Sachsen-Anhalt kommissarisch vom Thüringer Landesvorsitzenden mitgeführt.

■ Kein Staat mit diesen Abgeordneten ■

Daß die DVU dennoch einen von allen Demoskopen in dieser Höhe vollkommen unerwarteten Wahlerfolg verbuchen konnte, mag den Ruf Sachsen-Anhalts als Hochburg des Rechtsextremismus noch verstärken. Und kaum lagen die ersten Hochrechnungen vor, tönte es aus dem CDU/CSU-Lager bereits, die Ausländer- und Asylpolitik müsse verschärft werden. Solche Töne hört Frey gerne, „wenn die Parteien nationale Wege einschlagen, ist meine Aufgabe erfüllt“, kommentiert er solche Äußerungen.

Nach Ansicht von Experten ist es aber weniger Ausländerhaß oder eine allgemeine rechte Gesinnung in ostdeutschen Köpfen, die den Wahlerfolg für die DVU möglich gemacht hat. Bei der Landtagswahl 1994 etwa waren in Sachsen-Anhalt zwei nationalkonservative Parteien und die rechtsextremen

„Republikaner“ auf zusammen gerade mal 1,7 Prozent der Wählerstimmen gekommen. Wo die REP politisch einzuordnen sind, das hatte sich seinerzeit auch in Sachsen-Anhalt in breiten Kreisen der Bevölkerung herumgesprochen. Das Phantom DVU dagegen hat in diesem Jahr auch die Medien kalt erwischt. Viel zu spät setzte deren Berichterstattung über die wahren Inhalte und Strukturen der DVU ein, um noch bis in die niedrigsten Schichten des Wahlvolkes durchzusickern. Die Vertreter der etablierten Parteien starteten gar paralysiert wie das Kaninchen auf die Schlange auf die von Umfrage zu Umfrage steigenden Werte für die rechtsextremistische Partei. Die hat erfolgreich im Trüben gefischt, bei den Enttäuschten und Frustrierten. „Den Menschen hier im Osten ist ein Paradies versprochen worden, „die Illusion, innere Bedürfnisse durch Wohlstand befriedigen zu können“, analysiert der Hallenser Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz die psychosoziale Situation im Osten. Der versprochene Wohlstand sei nicht für wenige ausgeblieben. Zugleich seien die Lebensbiographien von Zehntausenden entwertet, die Lebensentwürfe und Zukunftsperspektiven weiterer zehntausender junger Menschen über den Haufen geworfen worden. Nichts und niemand muß sich in der heutigen Gesellschaft überflüssiger vorkommen als ein 16- oder 18jähriger, dem das Gefühl vermittelt wird, nicht gebraucht zu werden, sagt der stellvertretende Vorsitzende der Jugendgerichtshilfevereinigung, der Magdeburger Jugendstaatsanwalt Klaus Breyermann. „Wenn die Kraft und Energie dieser jungen Menschen keine Orientierung bekommt, schlägt sie in Gewalt und Destruktivität um“, meint Maaz.

Destruktivität ist auch von den 16 DVU-Abgeordneten zu erwarten, die in den kommenden vier Jahren den Landtag bevölkern werden. „Viel Staat kann man mit denen nicht machen“, meint ein Mitarbeiter der Landtagsverwaltung nach seiner ersten „Begegnung der unheimlichen Art“ mit künftigen DVU-Parlamentariern, die sich erkundigen wollten, wie es denn nun weitergehe und was sie nun zu tun hätten. Viel Staat machen wollen sie wohl auch gar nicht. In Schleswig-Holstein und Bremen fielen die DVU-Fraktionen durch ebenso große Faulheit bei der parlamentarischen Arbeit wie durch Geldgier auf. Fraktionsgelder, die eigentlich zur Finanzierung der parlamentarischen Arbeit gedacht waren, flossen in die eigenen Taschen oder in die Münchner Verlags- und Parteizentrale. Zumindest für Parteichef Frey dürfte der Wahlerfolg seiner Partei in Sachsen-Anhalt zum guten Geschäft werden.

Eberhard Löblich

Hintergrund

Sprengstoffzünder

Ostalgie und die soziale Frage sind Propagandatriebkräfte der NPD in den neuen Ländern. Zum 1.Mai-Aufmarsch in Leipzig gelang es ihr, rund 4.000 Anhänger zu mobilisieren. Seltsame Bündnisse gibt es mit Vertretern der extremen Linken.

Das Dilemma von Magdeburg ist passiert: 12,9 Prozent für die Phantompartei DVU, damit erstmals eine Partei der extremen Rechten in einem ostdeutschen Landtag. Allerdings war schon seit längerer Zeit absehbar gewesen, daß ein Teil der extremen Rechten zunehmend versucht, die sozialen Verwerfungen und Brüche im Osten Deutschlands für sich zu nutzen. Diesmal mit Erfolg. Eines der auffälligsten Charakteristika des Wahlergebnisses besteht darin, daß die Phantompartei Gerhard Freys von Arbeitern und Arbeitslosen deutlich überdurchschnittlich gewählt wurde. Die sichtbarsten Erfolge gab es mit über 17 Prozent in den Wahlkreisen Bitterfeld und Wolfen, ehemaligen, jetzt weitgehend brachliegenden Chemiestandorten.

Im Gegensatz zur DVU, die programmatische Arbeit und konkrete Aktivitäten vor Ort durch gigantischen Finanzaufwand ersetzt, hat die NPD schon längst erkannt, daß sie besonders in der ehemaligen DDR die nationalistische mit der sozialen Propaganda verknüpfen muß, wenn sie ihr Sektendasein in einen Positivtrend wenden will. Teilweise, so im erfolgreichen Landesverband Sachsen, schreckt sie dabei auch nicht vor der Nutzung von DDR-Nostalgie und der Zusammenarbeit mit nationalbolschewistischen Gruppierungen zurück. Sie meint erkannt zu haben, daß besonders im autoritär geprägten Teil der Anhängerschaft der PDS ein für sie nicht unwichtiges und vor allem gewinnbares Potential liegt. Analysedaten der Wählerschaft der DVU in Sachsen-Anhalt scheinen das zu bestätigen. So wechselten dort ca. 11.000 Wähler direkt von der PDS zur DVU, 24 Prozent der DVU-Wähler gaben ihre Erststimme dem Wahlkreiskandidaten der PDS.

Der alte Haudegen Franz Schönhuber hatte schon vor Jahren die Marschrichtung mit seinem griffigen Slogan „Sozialpatriotismus“ vorgegeben. In einem Interview mit der „Deutschen Wochenzeitung“ Gerhard Freys hatte er zuletzt im Februar erklärt: „Ich werde jene Partei wählen, die einen

maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen verbindet. In diesem Zusammenhang muß gefordert werden, daß die Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland oder dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zu Überwindung der Arbeitslosigkeit nicht mehr tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt wird.“ (8/98) Ein Teil seiner noch immer starken Anhängerschaft in den Ost-Landesverbänden der REP hat solche und andere Äußerungen zum Anlaß genommen, zur NPD zu wechseln, die Schönhubers programmatischen Forderungen weit eher entspricht als der neoliberale Kurs seines Nachfolgers Rolf Schlierer.

■ **NS-Sozialpolitik zum Vorbild** ■

So ist das ehemalige Landesvorstandsmitglied der REP in Thüringen Manfred Rempt inzwischen Kreisvorsitzender der NPD in Ilmenau. Als im Februar in der ganzen Bundesrepublik erstmalig in einer konzertierten Aktion Arbeitslose ihre Proteste auf die Straße trugen, da war Rempt mit seinen Mannen als erster vor dem örtlichen Arbeitsamt. Neben dem bekannten Slogan „Arbeit zuerst für Deutsche“ wurde unter schwarz-weiß-roten Fahnen auch verkündet: „Sozialismus ist machbar“. Die Schuldzuweisungen auf den verteilten Flugblättern für die Misere im Osten waren eindeutig: „Die Herren in den Chefetagen, die Milliardenbeträge mühelos durch Spekulationen in ihre Taschen umleiten“ und „aus Gründen der Profitmaximierung Arbeitsplätze abbauen oder ins Ausland verlegen“. Gefordert wurden die Beteiligung der Arbeiter am Betriebskapital, ein Verbot der Spekulation und die Einbeziehung von Spekulationsgewinnen sowie als Höhepunkt die Auflösung der Großkonzerne. Daneben soll der Inlandsmarkt durch protektionistische Maßnahmen gestützt werden.

Die Rechnung ist einfach und milchmädchenartig, könnte aber durchaus aufgehen. Die durch die „soziale Marktwirtschaft“ verursachten Enttäuschungen sind so stark, daß eine relevante Zahl von Menschen die Vorzüge des „realexistierenden Sozialismus“ wiederentdeckt. Die NPD verfolgt nun die Argumentationsvariante, der DDR-Sozialismus sei gescheitert, weil er internationalistisch ausgerichtet gewesen sei. Sozialismus an sich sei gut, aber er müsse national sein. Diese Schlußfolgerung findet auch den Beifall des NS-orientierten Spektrums aus den verbotenen militanten Gruppierungen. So äußerte Oliver Schweigert im Interview mit

der rechtsextremistischen „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ): „Jede Verbindung des nationalen und sozialistischen Widerstandes zu einer einheitlichen Form ist eine Provokation für die Herrschenden in Bonn. Unsere Aufgabe ist das Nennen der heute nicht nur in Deutschland, sondern europaweit bestehenden und durch die Herrschenden hervorgerufenen Probleme. Dem herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem muß eine sozialistische Alternative gegenübergestellt und auf den inneren Verfall unseres Volkes müssen nationale Antworten gefunden werden.“ Dieser offen neonazistische Teil der extremen Rechten ist gegenwärtig dabei, eine „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Sozialisten in und an der NPD“ zu formieren.

Was dort wegen der offenen Fraktionsbildung zwar teilweise mit Mißtrauen beobachtet wird, inhaltlich jedoch nicht auf Widerstand stößt. Im Gegenteil. In der „Sachsen-Stimme“ des dortigen NPD-Landesverbandes steigert dies die Leipzigerin Ursula Mann, früher beim „Aufbruch '94“ aktiv, noch durch die deutliche Übernahme alter DDR-Terminologie. In Bezug auf die Währungsreform 1948 schreibt sie: „Wichtigstes Ziel dieses Vorhabens war der Erhalt des monopolkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. Adenauer und Erhard, die bekanntesten Vertreter des Monopolkapitals, wirkten mit massiver Unterstützung der Besatzungsmächte am Erhalt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Westdeutschland und besiegelten damit die ökonomische und politische Spaltung Deutschlands.“ (Ausgabe 1-2/98) Die DDR schneidet im Urteil der NPD-Funktionärin deutlich besser ab: „Die DDR war der zeitweilig von vielen getragene Versuch, Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen und eine Gesellschaft des Wohlstandes für alle aufzubauen. (...) Nach dem heutigen Vergleich BRD/DDR herrscht die Meinung bei den Mitteldeutschen vor, daß die DDR das kleinere Übel gewesen sei!“ Durchaus zutreffend bringt sie die Stimmungslage weiter Bevölkerungsteile zum Ausdruck: „Die den Unternehmerverbänden hörigen Sozialpolitiker haben ein Drittel der Bevölkerung schon als überflüssige Population und sozialen Ballast abgeschrieben!“

Man müsse dafür sorgen, daß die Arbeiter zu den Kundgebungen der NPD kommen, gab Vorsitzender Udo Voigt die Marschrichtung vor. Auch deshalb werden in der Parteiführung Demonstrationen am 1. Mai gerade in den neuen Bundesländern als nahezu unverzichtbarer Bestandteil der Kampagne angesehen. Mit Hilfe der Gerichte setzte die

NPD den diesjährigen Aufmarsch zum 1. Mai in Leipzig, zu dem sie rund 4.000 Anhänger mobilisieren konnte, durch.

Auch beim Wahlkongreß der NPD am 7. Februar war eine der Forumsveranstaltungen der Wirtschaftspolitik gewidmet. Neben dem bayerischen Funktionär Per Lennart Aae und dem NS-orientierten Österreicher Herbert Schweiger war dafür mit Albert Lämmel auch jemand gewonnen worden, der die „Abschaffung des Zinsknechtschaft“ in einer Spielart der Wirtschaftslehre Silvio Gesells verfißt. Besonders wichtig für den neuen programmatischen Kurs dürfte jedoch die Mitwirkung von Reinhold Oberlercher gewesen sein. Der selbsternannte „Nationalmarxist“ und angebliche ehemalige SDS-Theoretiker dürfte die Verknüpfung von pseudosozialistischer Terminologie mit einem radikalen Nationalismus wohl bisher am weitesten getrieben haben.

■ Bündnis mit den Werktätigen ■

Bei ihrem Kurs einer Synthese eines antimaterialistischen Sozialismus mit dem Nationalismus schreckt die NPD offenbar auch vor ungewöhnlichen Bündnispartnern nicht zurück. So bestehen Verbindungen zur Partei der Arbeit Deutschlands mit Sitz im thüringischen Nordhausen, einer 1996 gegründeten Kleingruppe, die sich als „Bündnis von Nationalkommunisten und nationalen Revolutionären“ bezeichnet. Sie sieht sich „im Geist von Straßer, Niekisch und Anton Ackermann“ und propagiert einen „deutschen Sozialismus“. Nicht zu übersehen war beim Wahlkongreß auch der Stand der Nordkorea verbundenen „Gesellschaft zum Studium und Verbreitung der Dschutsche Ideologie“, die getragen wird von Kadern, die bezeichnenderweise u.a. aus dem Honecker-Solidaritätskomitee und dem Freundeskreis Thälmann-Gedenkstätte kommen. Die NPD erklärte sich umgehend solidarisch mit den nordkoreanischen „Opfern des US-Imperialismus“. Die KVDR-Freunde wiederum haben für die Bundesrepublik weitgehend die gleichen Schlüsse gezogen wie die NPD. In ihrer Selbstdarstellung heißt es: „Die Republik (gemeint ist die DDR) ist nicht an der sozialen, sondern an der nationalen Frage gescheitert, deshalb muß der nächste Sozialismus auf dem Boden unserer Heimat ein deutscher sein...“ Ein kleines Revival des Nationalbolschewismus also. Jedoch eines, das schnell größer werden könnte, wenn es nicht zu einer wirklichen politischen und sozialen Wende kommt.

Andreas P. Zahleshoff

Demokratische Initiativen**Nicht müde werden***Von Hans-Jochen Vogel*

Zum Umgang mit der Geschichte und zur Notwendigkeit des Erinnerns schrieb uns der Vorsitzende des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“, der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, den folgenden Beitrag.

Der „blick nach rechts“ klärt die Öffentlichkeit seit mehreren Jahren kontinuierlich über rechtsextremistische Aktivitäten in unserem Land auf. Diesem Ziel widmet sich auch das Projekt „Gegen Vergessen - Für Demokratie“, das vor fünf Jahren von 19 Männern und Frauen gegründet wurde. Den entscheidenden Anstoß dazu gab Heinz Putzrath, selbst ein Verfolgter des NS-Gewaltregimes. Er und die anderen Gründerinnen und Gründer waren in Sorge, die Erinnerung an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte könnte mit dem Heimgang der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen verblassen, ja gänzlich abreißen. Damit - so fürchteten sie - könne zugleich die Bereitschaft schwinden, neuen Anfängen extremistischer Agitation und Gewalttätigkeiten ohne Zögern entgegenzutreten. Eine Befürchtung, die 1993 um so aktueller war, als gerade damals eine Welle extremistischer Gewalt in Ost und West über unser Land hinwegging. Dem wollten die Gründer und Gründerinnen nicht tatenlos zusehen. Sie wollten selber etwas tun, damit die Demokratie und der Rechtsstaat nicht ein weiteres Mal in Bedrängnis geraten, weil zu viele weg schauen und gleichgültig bleiben.

Inzwischen zählt das Projekt in elf Regionalgruppen 1.500 Mitglieder aus den unterschiedlichen politischen und sozialen Bereichen. In Kooperation mit mehr als 120 inländischen und 30 ausländischen Initiativen, Organisationen und Institutionen hat es eine Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen und Tagungen durchgeführt, Buchpublikationen und wissenschaftliche Untersuchungen ins Werk gesetzt, sich der Gedenkstätten und der Jugendarbeit gewidmet und zahlreiche politische Initiativen ergriffen.

Wie die jüngsten Ausgaben dieses Blattes belegen, bestehen die Umstände, die zur Gründung des Projektes Anlaß gegeben haben, fort. Extremistische

Anschläge sind fast alltägliche Erscheinungen geworden. Die Vorfälle in der Bundeswehr geben Anlaß zur Sorge. Beunruhigende Nachrichten kommen aus Brandenburg und Sachsen, aber auch aus alten Bundesländern. Eine sogenannte „Neue Rechte“ entwickelt sich am Rande des politischen und kulturellen Spektrums unserer Gesellschaft und bekennt sich mehr oder weniger offen zu den Parolen der Vergangenheit. Und zuletzt hat das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt alle Alarmglocken schrillen lassen. Bei allen Unterschieden weisen die Umstände und die Agitation, mit deren Hilfe die DVU 13 Prozent der Stimmen insbesondere bei Jungwählern und bisherigen Nichtwählern erreicht hat - ich denke nur an die Arbeitslosigkeit und die Verteufelung von Minderheiten - bedrückende Parallelen zu den Verhältnissen und zur Demagogie der NSDAP bei der Reichstagswahl im September 1930 auf, bei der ihr bekanntlich der erste große Erfolg im Kampf gegen die Weimarer Republik gelang.

Das Projekt wird deshalb nicht müde werden, um unserer Demokratie willen dem Vergessen zu wehren und die Erinnerung wachzuhalten, die Erinnerung an Verbrechen, an die Opfer, aber auch an die Täter der Gewaltherrschaft, an den Widerstand, der der Gewaltherrschaft geleistet wurde und an die Ursachen, die zur Katastrophe geführt haben. Und das nicht, um kollektive Schuldkomplexe zu konservieren oder nun wieder ein Betroffenheitsritual zu zelebrieren. Sondern um uns und die nachwachsenden Generationen daran zu erinnern, wessen Menschen in ihrem Fanatismus und in ihrer Mordlust fähig sind, wenn die Menschenwürde und die Verbindlichkeit von Grundwerten geleugnet, Minderheiten verteufelt und Gewalttaten als Mittel zur Lösung politischer Probleme propagiert werden. Gerade die Leserinnen und Leser dieses Blattes lade ich herzlich ein, sich dem Projekt anzuschließen. Denn gerade auf diesem Gebiet gilt: Wenn nicht ich, wer? Wenn nicht jetzt, wann?



Am 25. Mai wird in der Landesvertretung Hessen in Bonn um 17.00 Uhr das Buch „Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus“ vorgestellt. Der von Hans-Jochen Vogel und Klaus Schönhoven herausgegebene Band dokumentiert, wie bereits vor 1933 die drohende Gefahr des Nationalsozialismus in Deutschland klar erkannt wurde.

Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“
Tel. 0228 / 883 299, fax - / 883 539.

Hintergrund

Reiche Gönner sponsern Rechte

Die rechtsextremen Parteien finanzieren sich zu einem erheblichen Teil aus Spenden wohlhabender Mäzene. Über einen Rechtsverstoß der DVU sieht die Bundestagsverwaltung großzügig hinweg.

Die Rechenschaftsberichte der kleineren Parteien sind in der Bundestagsdrucksache 13/10074 veröffentlicht worden. Abgesehen von der rechtsextremen HLA („Hamburger Liste für Ausländerstopp“) mit ihren 46 Mitgliedern und drei rechtskonservativen Splitterparteien (zwei Autofahrerparteien sowie die „Partei bibeltreuer Christen“) sind die Finanzberichte der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der „Republikaner“ bemerkenswert. Die NPD, deren Bericht noch aussteht, beschränkt sich auf eine Korrektur des Rechnungsergebnisses der Jahre 1992 und 1993 für den Landesverband Hessen, ohne daß dies näher erläutert wird.

Erstmals gibt es Einblick in die Kasse der von Manfred Brunner ins Leben gerufenen Parteiformation „Bund Freier Bürger“. 811 Mitglieder gibt der BFB für das Jahr 1996 an. Gemessen an der Bilanzsumme hat er schon in der Gründungsphase immerhin einen stürmischen Start hingelegt, der auf finanziell potente Unterstützer schließen läßt. So liegt der durchschnittliche Pro-Kopf-Beitrag mit 181,25 Mark sicherlich an der Spitze der deutschen Parteien. Nahezu das achtfache der Mitgliedsbeiträge wurde an Spenden eingenommen. Hinzu kommen Darlehen der Parteimitglieder in Höhe von rund zwei Millionen Mark. Die Hälfte der Einnahmen wurde auf die hohe Kante gelegt, offenbar als Rücklage für den Bundestagswahlkampf.

Die DVU gibt ihre Mitgliederzahl mit 14 493 für 1996 an. Sie deckt sich mit den Kenntnissen der Sicherheitsbehörden („unter 15 000“). Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug 32,26 Mark und machte einen Anteil an den gesamten Einnahmen von 16,5 Prozent aus. Rückläufig sind die Spendeneinnahmen der DVU, die im Vorjahr deutlich höher gelegen hatten, aber immer noch 58 Prozent der gesamten Einkünfte ausmachen. Großspender (die mit Namen und Anschrift bei Zu-

wendungen über 20 000 Mark veröffentlicht werden müssen) waren Gertrud König, die im Alten- und Pflegeheim Haus Tannenhof in Windeck im Rheinland wohnt, mit 103 608 Mark und ein Diplom-Ingenieur August Fritz Liesegang, der seinen Wohnsitz in Österreich angibt und 48 238,16 Mark springen ließ. Gertrud König war zusammen mit ihrem inzwischen gestorbenen Mann Ernst, einem ehemaligen DVU-Mitglied, schon im Spendenbericht 1995 aufgefallen: Damals hatte das Ehepaar der DVU 480 200 Mark überwiesen.

Ungeklärt ist immer noch, wer sich hinter dem ominösen Herrn Jacques de Mathan verbirgt, der 1995 der DVU 274 634,89 Mark geschenkt hatte, woran er sich freilich neuerdings nicht mehr erinnern kann, wie „Le Monde“ berichtete. Merkwürdig ist dabei, daß er eine falsche Adresse, nämlich ein ausgedientes Hotel in Villingen-Schwenningen, angegeben hatte und sich erst später herausstellte, daß er in Wahrheit in Paris lebt. Doch die Bundestagsverwaltung ließ die Schutzbehauptung der DVU gelten, das Leben des Spenders sei gefährdet, und prüft immer noch, was nun zu tun ist. Nach dem Gesetz wäre es möglich, die doppelte Summe, also rund 550 000 Mark, von den der DVU zustehenden Staatszuschüssen einzubehalten. 1996 waren das 700 000 Mark.

Die für die DVU typisch hohe Fremdfinanzierung, die die Abhängigkeit vom Parteipatron Gerhard Frey belegt, ist unverändert und steigt sogar leicht. Die Gesamtschulden beim Bundesverband betragen 8,9 Millionen Mark, die Schuldzinsen liegen bei 455 000 Mark.

Die „Republikaner“ geben ihre Mitgliederzahl mit knapp 14 000 etwas niedriger an als die Behörden (Verfassungsschutzbericht 1996:15 000). Gewaltig zugenommen hat gegenüber der Beitragsleistung (61,50 Mark je Mitglied; das waren knapp sechs Prozent der Gesamteinnahmen) die Spendenbereitschaft. Die Spenden, darunter zwölf Großspenden zwischen 20 000 und 54 000 Mark, unter anderem von den Vorstandsmitgliedern Rolf Schließer und Christian Käs sowie den baden-württembergischen REP-Landtagsabgeordneten Wolf Krisch, Lothar König und Heinz Troll) machten 40 Prozent der Einnahmen aus. Kräftig gestiegen auf über sieben Millionen Mark sind auch die Staatszuschüsse an die „Republikaner“, bedingt durch gutes Abschneiden bei Landtags- und Kommunalwahlen. So wuchs auch das Vermögen der REP auf knapp fünf (Vorjahr 4,2) Millionen Mark an.

Klaus-Henning Rosen/Helmut Lölhöff

Ausland

„Clear Russia“

Der neue russische Premier Sergej Kirijenko besuchte vor drei Jahren, als er noch Direktor einer Bank war, einen Management-Kurs der Scientology-Organisation. Heute hat der Mann, dem „die Einfachheit und Klarheit“ des Kurses gefiel, die Macht über Rußlands Atomkoffer, wenn Jelzin wieder erkrankt ist. Aber auch andere hochrangige Russen haben Kontakte zum Psychokonzern.

Sergej Kirijenko hat es geschafft: Nachdem das russische Parlament zweimal den Wunschkandidaten von Präsident Boris Jelzin abgelehnt hatte, stimmten bei der entscheidenden dritten Abstimmung 251 Abgeordnete für Kirijenko - 25 mehr als nötig. Vorangegangen waren deutliche Drohungen Jelzins, der auf Kirijenko als seinen Premier-Kandidaten bestanden hatte und keine Alternative anbot. Wäre Kirijenko ein drittes Mal abgelehnt worden, hätte es Neuwahlen geben müssen.

Rückblende: 1995, als Kirijenko noch Direktor einer Bank in Nischnij Nowgorod (früher: Gorki) war, nahm er an einem einwöchigen Kursus im „Hubbard College of Administration“ (benannt nach Scientology-Gründer L. Ron Hubbard) teil. Außerdem sorgte er dafür, daß „elf bis 15 Führungskräfte der Bank“ ebenfalls an dem Kursus teilnahmen. Dabei sei es ihm darum gegangen, „daß die Führungskräfte seiner Bank in einer gemeinsamen Sprache kommunizieren“ könnten. Damals lobte er „die Einfachheit und Klarheit“ der Lehre, heute will er offiziell von Scientology nichts mehr wissen. Wahrscheinlich kannte Bankdirektor Kirijenko die Hubbards-Verwaltungsanordnung ED 1040 nicht. Dort heißt es: „1. Suche Dir ein Geschäft aus, welches bereits sehr gut arbeitet. 2. Wende Dich an den höchsten Direktor. Biete ihm an, dafür zu sorgen, daß sein Geschäft ihm mehr Geld einbringt. 3. Lokalisier SPs (Scientology-Gegner, T.B.) in der Organisation und wirf sie hinaus. 4. Auditier die leitenden Angestellten und zeige ihnen, um was es sich handelt, das wird dann den Zyklus in Gang setzen: Die leitenden Angestellten werden die Jungmanager und das andere Personal dazu drängen, Auditing zu nehmen.“ Die Anweisung paßt zu dem, was in Kirijenkos Bank abgelaufen ist.

Einer der eindringlichsten Warner vor Scientology in Rußland ist Alexander Dvorkin. Der Professor für Kirchengeschichte in Moskau und Leiter eines Sekten-Informationszentrums befürchtet, daß der neue Premier ein Sicherheitsrisiko sein könnte. Denn in den Hubbard Colleges werde gedrängt, möglichst schnell „Auditing“ zu machen. Bei dieser scientologischen „Beichte“ werden intimste Daten offenbart, die aufgezeichnet und in „Auditing-Akten“ verwahrt werden. Diese Akten, so fürchten Sektenexperten, könnten Kirijenko erpreßbar machen. Eine Hubbard-Richtlinie sagt aus: „Das Ziel der Abteilung für Regierungsangelegenheiten ist, die Regierung und feindliche Philosophien oder Gesellschaften in einen Zustand vollständiger Gefügigkeit mit den Zielen von Scientology zu bringen. Das wird erreicht durch Fähigkeit zur Kontrolle auf hohe Stufe und in deren Abwesenheit durch Fähigkeit zur Überwältigung auf niedriger Stufe. Introvertieren sie solche Ämter. Kontrollieren Sie solche Ämter.“ Ziel des Psychokonzerns ist es, Schlüsselpositionen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu besetzen. Hubbard empfahl: „Die Fabriken, die Zentren des Handelns, die Wohnungen, die Gemeinden, das sind die Orte, wo wir ausgebildete Scientologen haben wollen. Nur auf diese Weise haben wir teil an den geschäftigen, noch immer gesunden Kommunikationslinien der Welt.“

Auch andere Fakten lassen nicht nur in Rußland die Alarmglocken schrillen: Die Scientology-Organisation befindet sich seit Anfang der 90er Jahre auf einem Rußland-Feldzug. „Clear Russia“, lautet der Marschbefehl aus Amerika. Ziel: die Errichtung eines scientologisch ausgerichteten Staates. Dazu werden „Dianetik“-Bücher verkauft, teilweise sogar verschenkt, die Menschen auf der Straße mit dem „kostenlosen Persönlichkeitstest“ geködert, Firmen und Behörden mit vermeintlichen „Management-Kursen“ oder „Verwaltungstechniken“ an die totalitäre Doktrin gebracht. Einfallstor für die Scientology-Ideologie ist auch die vermeintliche Drogenrehabilitation „Narconon“, mit der besonders die zahlreichen Alkoholiker angesprochen werden.

„Von Moskau ausgehend verbreitet sich Scientology rasch in der gesamten Gemeinschaft unabhängiger Staaten“, freute sich die SO Zeitschrift „Freiheit“. In der Moskauer Filiale wird - nach eigenen Angaben - „alle zwei Minuten ein Dianetik-Buch verkauft“. Zehntausende haben bereits Kurse besucht. Darunter auch Polizei- und Militär-Offiziere. Auch in der Industriestadt Perm, zwei Flugstunden von Moskau entfernt, sind die Hubbard-Jünger aktiv.

Torsten Borchers

Grauzone

Jugendsünden?

Ein Führungsoffizier der Bundeswehr ist wegen seiner rechtsextremen Ansichten in die Schußlinie geraten.

Stolpert ein frischgebackener Bataillonskommandeur über seine rechtsextreme Vergangenheit? In Heide wurde jetzt bekannt, daß der Oberstleutnant Andreas Proksa, seit 26. März Kommandeur des III. Bataillons des Luftwaffenausbildungsregiment 1, in seiner kurzen Zeit als persönlicher Referent und Pressesprecher des Oberkreisdirektors des Oberbergischen Kreises deutliche rechtslastige Tendenzen in seine Tätigkeit einbrachte. Dies ist sogar juristisch verbrieft in einem Urteil vom 24. September 1990 des Amtsgerichts Gummersbach. Dort landete der „Fall Proksa“, weil dieser gegen einen Mitarbeiter in der damaligen Kreisverwaltung Anzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede erstattet hatte. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und gab diesem vielmehr recht in der Beurteilung von Proksas Wirken bzw. sprach diesem ausdrücklich das Recht auf freie Meinungsäußerung zu. Wörtlich heißt es in dem Urteil: „Somit hat sich die Behauptung des Angeklagten, der Zeuge Proksa vertrete rechtsextreme Ansichten, grundsätzlich als wahr erwiesen.“

Auf Proksas Karriere hatte der Prozeß keine nachteiligen Auswirkungen. Zum Zeitpunkt der Gerichtsverhandlung war der Reserveoffizier bereits Referent im Verteidigungsministerium (seit 1. November 1989). 1993 wurde er zum Oberstleutnant befördert, eine Generalstabsausbildung an der durch ins Gerede gekommenen Führungsakademie in Hamburg schloß sich an.

Proksa ist seit Ende der 70er Jahre dadurch aufgefallen, daß er für das neokonservative Theorieorgan „Criticón“ und das „Ostpreußenblatt“ zur Feder griff. So schrieb er laut „Dithmarscher Landeszeitung“ beispielsweise: „Die eingefahrene Art der moralisch-überschwenglichen Distanzierung von den ‘unvorstellbaren Verbrechen der Nazis’ ist wohlfeil, primitiv und begünstigt Geschichtslügen“. Als Kreis-Pressesprecher in Gummersbach leistete sich Proksa diverse „Rechtausleger“, die alle im Gerichtsverfahren zur Sprache kamen, und wofür er im Juli 1989 bereits wegen „mangelnder Sensibilität für die Mitte“ versetzt worden war. Über die Tragweite der Verfehlungen sagte der

Oberkreisdirektor Heribert Rohr, daß gegen Proksa ein Disziplinarverfahren angestrengt worden wäre, wenn dieser nicht im Herbst 1989 gekündigt hätte.

Während seiner Tätigkeit als Referent beim Oberbergischen Kreis soll der heute 40jährige Bericht über den nationalsozialistischen Terror einschließlich der Judenverfolgung und -vernichtung als Lüge bezeichnet haben. In einem Gespräch mit dem damaligen Landrat äußerte sich Proksa abfällig über den früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. 1989 tauchten in den Büros der Kreisverwaltung ein Namensverzeichnis der Ortschaften in den früheren deutschen Ostgebieten sowie Kalender einer Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer auf, die in Italien für Sprengstoffattentate verantwortlich waren. „Dieses Material wurde teilweise von Proksa besorgt“, stellte das Amtsgericht Gummersbach fest. Gegenüber zwei Sekretärinnen äußerte er sich dahingehend, daß nicht alle Greueltaten, die man den Nazis nachsage, auch wirklich begangen worden seien und daß alles maßlos übertrieben werde. Ferner tauchte im vom Proksa erstellten Pressespiegel ein Artikel der „Deutschen Wochen-Zeitung“ auf. Außerdem fand man heraus, daß auf Proksas Veranlassung die DWZ in den Verteiler für Mitteilungen aus dem Sozialdezernat des Kreises aufgenommen wurde. Bereits bei der Erstellung von Redemanuskripten für den damaligen Landrat bzw. eines Begleittextes zu einer Ausstellung zur NS-Geschichte fiel Proksa unangenehm auf. Gespickt mit rechtslastigen Äußerungen ließen sich seine Ausführungen nicht verwenden, erinnerte sich Proksas Vorgänger. Gegenüber diesem belastenden Material spricht der in die Schußlinie geratene Führungsoffizier von einem „Räderwerk der Denunziation“. Gegen ihn wurde nach den ersten Vorwürfen in der Öffentlichkeit ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Die Untersuchung um Proksas rechtsgesinnte Vergangenheit dauert seit Wochen an. Proksa, der mittlerweile ein CDU-Parteibuch besitzen soll, ist vom Luftwaffenamt Köln-Wahn zur Prüfung der Angelegenheit an den Rhein zitiert worden. Der Untersuchungsausschuß des Bundestags wurde eingeschaltet und auch bei den letzten Zusammenkünften des Untersuchungsausschusses kam die Akte Proksa auf den Tisch. Aus dem Verteidigungsministerium hieß es lediglich, Proksa habe sich seit Wiedereintritt in die Bundeswehr tadellos verhalten. Er verfüge über beste Zeugnisse und sei eine überaus integre Persönlichkeit.

Horst Freires

Grauzone

Kernige Militärs

In einem soldatischen Männer-Magazin geben sich Wehrmachts-Nostalgiker, pensionierte Generäle, holocaustleugnende und rechtsextremistische Verlage ein Stelldichein.

Zum Blätterwald an bundesdeutschen Kiosken hat sich neuerdings die bisher nur postalisch zu beziehende „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ) gesellt; ein hochprofessionell gemachtes Blatt mit ansprechendem Layout zum Preis von 12,80 Mark. Dem geeigneten Leser - Leserinnen dürften sich für das soldatische Männermagazin kaum finden - werden auf rund 80 Seiten „Erlebnisberichte aus Krieg, Gefangenschaft, Flucht und Vertreibung, militärhistorische Beiträge, Berichte über Krisenherde, (...) Informationen und Nachrichten über die Bundeswehr und Streitkräfte aller Welt, Kameradensuche, Veranstaltungen und Treffen“ geboten.

Den Schwerpunkt des Magazins bildet die unverhohlene zur Schau getragene Sympathie mit Hitlers Wehrmacht - getreu dem Motto: „Deutsche Soldaten - Heldentaten“. Als „Persönlichkeit der deutschen Militärgeschichte“, der es nachzueifern gilt, wird der Wehrmachts-Generalleutnant Paul Klatt (1896-1944) vorgestellt. Dieser sei „ein Beispiel an Pflichterfüllung und personaler Autorität, das auch heute noch Gültigkeit hat.“ Eichenlaubträger Klatt, zuletzt Kommandeur der 3.Gebirgsdivision, war an vorderster Front mit dabei, als es galt Hitlers Wahnvorstellungen von einem Großdeutschen Reich in die Tat umzusetzen und in andere Länder einzufallen.

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“, die beispielhaft die Verstrickung der Wehrmacht in barbarische Verbrechen dokumentiert, ist den Wehrmachts-Nostalgikern selbstredend ein Dorn im Auge. Kommentar der DMZ über die Ausstellung: „Sie soll nur Stimmung machen u.a. bei ohnehin schon geschichtlich unbedarften Schülern, deren Klassen auf Anordnung von einigen Kultusministern der Länder >durchgeschleust< werden müssen.“

Dem Ziel, den positiven Bezug auf die Traditionen der Deutschen Wehrmacht zu stärken, hat sich auch DMZ-Autor Franz Kurowski verschrieben. Dafür setzt er sich seit Jahren in verfas-

sungsfeindlichen Blättern wie „Deutsche Geschichte“ („Verlagsgemeinschaft Berg“) ein. In der DMZ schwadroniert er über „Die Kursker Schlacht“, wo Hitlers Armee - noch vor ihrem Scheitern in Stalingrad - die kriegsentscheidende Niederlage erfahren mußte.

Zum Kreis der DMZ-Autoren zählen auch Kenneth Lewan und Peter Hild. Lewan, Autor in rechtsextremen Periodika wie „Nation+Europa“ und „Junge Freiheit“ sowie enger Weggefährte von Alfred Mechttersheimer, attackiert in seinem Beitrag „Der israelische Historikerstreit“ den Staat Israel. Hild (siehe BNR 3/98), der unlängst Bundesverteidigungsminister Volker Rühe kritisierte, weil der die Teilnahme der Bundeswehr an einem Treffen der ewiggestrigen „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ untersagt hatte, schreibt auch für NS-apologetische Blätter wie „Der Freiwillige“, dem Organ der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“ (HIAG).

Auch die DMZ-Leserbriefspalte legt Zeugnis ab vom ewiggestrigen Weltbild ihrer Klientel. Walter Neuner, einer der in Österreich bekanntesten Leserbriefschreiber aus der braunen Ecke („Fakten“, „Aula“, „Die Kameradschaft“, „Phoenix“ von Walter Ochensberger), ruft den „Linken und grünen Kriegsgenerationsbeschimpfern“ zu: „Verunglimpft uns nicht ununterbrochen bei Wehrmachtausstellungen und dergleichen und laßt uns endlich in Ruhe und in Ehrfurcht unserer gefallenen Kameraden gedenken!“ Ins gleiche Horn bläst ein G.Baur, der sich darüber beklagt, daß „in sich immer mehr verstärkenden Maße von der heutigen dünnen Oberschicht versucht wird, alles Deutsche mehr oder minder zu verdammen“. Zum Kreis der Leserbriefschreiber zählt ebenfalls Generalmajor a.D. Gerd-Helmut Komossa, Autor in der „Jungen Freiheit“ und im „Ostpreußenblatt“, Unterzeichner der „Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtausstellung in der Frankfurter Paulskirche“, die u.a. auch von zahlreichen Rechtsextremisten unterschrieben wurde.

Solch strammrechten Töne dürften bei den DMZ-Anzeigenkunden auf ungetrübte Zustimmung stoßen, befinden sich doch darunter die Waffen-SS-treue „Deutsche Verlagsgesellschaft“, die Werke des Alt-Nazis Ulrich Rudel und des verstorbenen NPD-Führers Adolf von Thadden anpreist, ebenso wie der „Verlag Tim Schatowitz“, der Videos wie „Die Geschichte der Hitler-Jugend“ oder „Großveranstaltungen des Reiches“ und einschlägige Lite-

ratur wie „Rudolf Heß: Ich bereue nichts“ oder „Werwolf - Winke für Jagdeinheiten“ vertreibt. Auf neu zu gewinnende Kunden hoffen offensichtlich auch der „Vision Verlag“ von Andreas Gängel, einst Mitglied der verbotenen militanten „Nationalistischen Front“ (NF) und der holocaustleugnende „Grabert-Verlag“.

Verlegt wird die DMZ von der „Medien-Marketing-Team GmbH“ (MTM) in Bad Soden-Saalmünster, eine der umsatzstärksten Videoversandfirmen in der Bundesrepublik, die auch Bücher, CDs und MCs anbietet. Im MTM-Angebot finden sich Videos wie „Hitlers Bunkeranlagen am Obersalzberg“ oder „Hitler - Der Privatmann“, Bücher wie „Franz Schönhuber: In Acht und Bann“ und CDs wie „Wenn wir marschieren“ oder „Deutsche Marschmusik“. Vertreten ist ebenso der rechtsextremistische Liederbarde Frank Rennie, einst Aktivist der verbotenen „Wiking-Jugend /Gau Schwaben, mit seiner MC „Mein Kamerad“. Anzeigen werden von MTM u.a. in der „Jungen Freiheit“ geschaltet..

Die „Deutsche Militärzeitschrift“ wurde 1995 von Harald Thomas, zuvor u.a. Geschäftsführer des rechtsradikalen „Nationaleuropäischen Jugendwerkes“ (NEJ), ins Leben gerufen, der die DMZ wegen „gesundheitlicher und finanzieller Schwierigkeiten“ ein Jahr später einstellen mußte. Im Frühjahr 1997 fand das Blatt dann mit MTM einen neuen Verleger. Zuständiger Redakteur ist nun Oberstleutnant a.D. Wolfgang Dischert.

Dischert war es auch, der Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, zuletzt Befehlshaber des Wehrbereichskommandos II und Kommandeur der 1.Panzerdivision, für ein Interview in der aktuellen DMZ-Ausgabe gewann. Schultze-Rhonhof, der sich unlängst bitterlich beklagte als er am 14. Februar von Ulrich Wickert in den ARD-Tagesthemen „rechtsextremen Kreisen“ zugerechnet wurde, spuckt im DMZ-Interview nationalistische Töne: „So wie der Verlust des Stellenwerts der Familie ein Vakuum hinterlassen hat, das uns außer Jugend-, Drogen- und Sozialprobleme nichts gebracht hat, so wird auch die Abwertung von Nation und Vaterland ein Vakuum hinterlassen.“ Der Ex-General beteuert: „Man muß sich als Gemeinschaft fühlen, sonst steht man nicht mehr füreinander ein. Die empfundene Gemeinschaft ist die des eigenen Volkes. Entfernter liegende Völker, selbst innerhalb Europas, erzeugen für uns nicht das Wir-Gefühl.“
Anton Maergerle

Zwischenruf

Verdächtige Eile

Warum Deutschland eine Ernst-Jünger Briefmarke braucht, muß man Philatelisten nicht erklären, die freuen sich über jede Neuheit. Angesichts der beflissenen Eile, mit der dem am 17. Februar dieses Jahres Verstorbenen ein Klebebildchen geweiht wird, besteht möglicherweise beim Rest des Volkes Erklärungsbedarf. Um Pastor Hintzes Kommentar zum Ausgang der sachsen-anhaltinischen Landtagswahl zu gebrauchen: wird hier ein Radikaler - die Bundestagswahl läßt grüßen - hoffähig gemacht. Ludwig Erhard mußte zwanzig Jahre auf eine solche Ehrung warten, Franz Josef Strauß und Carlo Schmidt sieben Jahre, Willy Brandt brauchte noch ein gutes Jahr. Der neue Herr der Marken, Bundesfinanzminister Waigel, bewies bei der Vorstellung seine Jünger-Kennerschaft, waren ihm doch bei der Übermittlung der Todesnachricht („wir machten gerade in Seoul Station, wir waren tief bewegt“) spontan Jüngerworte eingefallen. Bei der Präsentation im Haus der Geschichte, das - wie der Museumsleiter dankbar hervorhob - durch eine Jünger-Büste des NS-Hofkünstlers Arno Breker geschmückt war, mußte man selbst auf eine ansatzweise kritische Wertung des Mannes verzichten. Daß auch die extreme Rechte Jünger als einen der ihren feiert, dagegen kann sich der Dichter freilich nicht mehr wehren, die Stichworte lieferte er allerdings in reicher Menge. khr



Hinweis

Das „Zentrum Demokratische Kultur“, ein gemeinschaftliches Projekt des „Berlin Brandenburger Bildungswerks“ und der „Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin“, hat eine 50seitige „Chronik von Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin. Gesamtjahr 1997“ vorgelegt. Nach Meinung der Herausgeber würden Politiker und Sicherheitsbehörden fremdenfeindliche Übergriffe häufig verharmlosen, „indem sie auf einen fehlenden politischen Hintergrund verweisen“ oder einen im Alkohol vordergründigen Tatauslöser sehen wollten. Die Broschüre kann zum Preis von DM 15,- bezogen werden bei: Zentrum Demokratische Kultur, Schumannstraße 15, 10117 Berlin.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF) -13.Jg., Nr. 16,17,18/98:
 Aus Anlaß der Karlsruher Entscheidung gegen die Euroklage lamentiert JF-Chefredakteur Dieter Stein mit altbekannten Argumenten gegen die Beerdigung der „deutschen Souveränität“ und führt als Kronzeugen Manfred Brunner und Rolf Schlierer an (16/98). Der ehemalige „Fluchthelfer“ und Journalist Rainer M. Schubert, Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ und angebliches SPD-Mitglied, wendet sich im JF-Interview gegen die Verengung der deutschen Geschichte auf den Nationalsozialismus. Pankraz belustigt sich in seiner Kolumne über Gesinnungsschnüffelei bezüglich so harmloser Delikte wie Volksverhetzung oder Leugnung des Holocaust. Der allorts erwachte „Denunziationseifer“ würde tausende bürgerlicher Existenzen vernichten. „Unter deutschem Einfluß“ habe die „Denunziations- und Kriminalisierungswut“ nun auch auf Frankreich - an vorderster Front Kulturministerin Trautmann - übergegriffen (16/98). Über die 68er und deren zerstörerisches Erbe räsonieren die Veteranen Werner Olles, alsbald nach ultrarechts mutiert, sowie Horst Mahler, der den Verlust der sittlichen Substanz beklagt (17/98). Im JF-Visier der Rechtsextremismusexperte Armin Pfahl-Traugher (BNR-Autor), der offensichtlich den Geschmack der JF nicht trifft, was den Demokratiebegriff anbelangt. Über die „>verdeckte< Totalität“ in der zur „Mediokratie“ entarteten Bundesrepublik, in der gewisse Meinungen vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen seien, mokiert sich auch Frank Lisson. Wohlwollend wird über den Wahlkampf des deutschlettischen Rechtsextremisten Joachim Siegerist für die Parlamentswahlen in der Baltenrepublik im Herbst berichtet (17/98). Michael Walker, Herausgeber und Redakteur des neurechten Theorieorgans „Scorpion“ sowie Autor in diversen rechtsextremistischen Zeitschriften, bewertet das Nordirlandabkommen (18/98). Programatische Verwandtschaft wird gesehen zwischen dem Front National und der bürgerlichen Rechten in Frankreich - ergo bestünde gar ein Grund mehr zur Ausgrenzung. Zeitgeschichtler Alfred Schickel, Leiter des geschichtsrevisionistischen ZFI, weiß aus überlieferten Quellen zu berichten, wie Frankreich nur durch eine „ansehnliche Dollarsumme“ und weiterer Zugeständnisse, wie das Ruhrgebiet betreffend, letztendlich den Weg freimachte zur Gründung der westdeutschen Bundesrepublik (18/98).

Bücherschau

Die „Neue Rechte“ und die Demokratie

Unter dem Titel „‘Konservative Revolution’ und ‘Neue Rechte’“ behandelt der aus dem Blickwinkel der Extremismusforschung schreibende Armin Pfahl-Traugher das Vorgehen „rechtsextremistischer Intellektueller gegen den demokratischen Verfassungsstaat“. In einem einleitenden Abschnitt klärt er - im Gegensatz zu vielen Kollegen - zunächst seine zentralen Arbeitsbegriffe. Ihm geht es um die „geistige Vorbereitung gesellschaftlicher Entwicklungen“ durch Intellektuelle. Allerdings schränkt er umgehend ein: „Nicht die Akteure oder die Ideologie an sich sind von Interesse, sondern ihre Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates.“ (S.14) Wer nach solchen Aussagen jedoch lediglich eine weitere Variante der bekannten Schemata von Backes/Jesse erwartet, wird angenehm enttäuscht. So verweist Pfahl-Traugher umgehend darauf, daß konservativ nicht mit demokratisch gleichgesetzt werden dürfe, wenn auch die undemokratischen Strömungen des Konservatismus in der Geschichte der Bundesrepublik minoritär gewesen seien. Aus seinem Untersuchungsgegenstand grenzt der Verfasser konservative Institutionen aus, bei denen zwar Verbindungen zur „Neuen Rechten“ bestehen (z.B. das Studienzentrum Weikersheim), diese Strömung jedoch nicht bestimmend ist. Dies bietet sich zwar im Interesse der vom Autor immer wieder - berechtigt - als notwendig unterstrichenen Trennschärfe an, führt allerdings in der Darstellung dazu, daß die Umsetzung und die Erfolgsaussichten „neurechter“ Strategie etwas aus dem Blick geraten.

In einem ersten Abschnitt behandelt Pfahl-Traugher die zentrale Strategie der Kulturrevolution, die er sowohl bei der Konservativen Revolution als auch bei der „Neuen Rechten“ sieht. Kern dieser Vorgehensweise sei die „Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates“. In einem umfangreichen Kapitel wird anschließend die Konservative Revolution (KR) der Weimarer Republik abgehandelt. Vorgestellt werden mit Spengler, Jung, Schmitt und Moeller van den Bruck vier wichtige Protagonisten, ideologische Grundpositionen der Gesamtströmung, einige organisatorische Ausformungen der KR sowie das Verhältnis der Jungkonservativen zum Nationalsozialismus. Die wegen

der Themenfülle jeweils knappe Darstellung ist treffsicher und kenntnisreich, berücksichtigt ausgiebig sowohl die Originalquellen als auch wesentliche Sekundärliteratur. Allerdings führt auch hier die beabsichtigte Trennschärfe zu einer Verengung des Blicks. Pfahl-Traughber reduziert faktisch die KR auf deren jungkonservative Strömung, obwohl sich sowohl die von ihm dargestellte Strategie als auch große Teile der ideologischen Kriterien z.B. bei den Nationalrevolutionären ausmachen lassen. Er rechtfertigt dieses Vorgehen mit dem von ihm als entscheidend angesehenen Kriterium des Etatismus der Jungkonservativen.

In zwei ausführlichen Exkursen werden sodann „Intellektuelle als ideologische Sympathisanten und Wegbereiter des mussolinischen Faschismus“ sowie „Die Neue Rechte in Frankreich“ vorgestellt. Erfreulich ist dabei, daß sich der Autor von einer ausschließlich nationalen Betrachtung des Phänomens löst, auch wenn sich der Italien gewidmete Teil auf vier Personenporträts (Pareto, Michels, Evola und Sorel) beschränkt. Die weitergehende Fragestellung, ob die KR nicht nur ein deutsches, sondern vielmehr ein gesamteuropäisches Phänomen gewesen ist, unterbleibt ebenso wie ein echter komparativer Ansatz, was allerdings in einem Exkurs auch kaum möglich ist. Vollkommen befriedigen vermag dagegen die Abhandlung der Nouvelle Droite, die sowohl deren zentrale Ideologeme, das Verhältnis zum Front National als auch einen Schnelldurchlauf durch deren Geschichte bis zur unmittelbaren Gegenwart umfaßt. Einige kleinere Fehler und Fehleinschätzungen sind weitgehend auf ein unzureichendes Heranziehen der Primärliteratur in diesem Abschnitt zurückzuführen.

Im letzten Abschnitt, gut ein Drittel des Bandes umfassend, untersucht der Autor „Die Neue Rechte in der Bundesrepublik Deutschland“. Einschränkend muß hinzugefügt werden, daß es sich tatsächlich wesentlich um die „Neue Rechte“ seit Ende der achtziger Jahre handelt, frühere Erneuerungsversuche der extremen Rechten kaum berücksichtigt werden, da sie nicht in das Definitionsrastraster Pfahl-Traughbers passen. Er sieht die Neue Rechte als heutige Anhänger der KR. Da er aber zuvor die KR auf die Jungkonservativen eingegrenzt hat, bleiben auch für die Gegenwart die Nationalrevolutionäre u.ä. außerhalb des Blickwinkels, was eine einigermaßen zuverlässige Trendanalyse zumindest erschwert. In deutlicher Abgrenzung von dem durch Wolfgang Gessenharter geprägten Scharnierbegriff für die Neue Rechte sieht Pfahl-Traughber in ihr

eine eindeutig dem Rechtsextremismus zuzuordnende Erscheinung und belegt dies umfassend in Porträts wichtiger Protagonisten (Mohler, Kunze, Weißmann, Hatzenbichler) sowie der Darstellung zentraler Publikationsorgane (Criticón, Junge Freiheit, Etappe). Hier unterscheidet sich der Autor wohl tuend in der Prägnanz und Entschiedenheit von Darstellung und Urteil anderer Wissenschaftler, die bisher die Meinungsführerschaft zu diesem Thema besaßen.

Insgesamt handelt es sich um einen materialreichen und dichten Band, dessen Lektüre uneingeschränkt empfohlen werden kann und der zugleich zum Streit geradezu einlädt. Zu einem lohnenden Streit wohl gemerkt, da Pfahl-Traughber nie auf das Niveau eines Großessays absinkt. Ärgerlich an der Veröffentlichung sind allerdings die inflationäre Zahl der Druckfehler sowie das Fehlen eines Registers.

Volkmar Wölk

Armin Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Leske + Budrich, Opladen 1998, 239 S., DM 24,80.



Veranstaltungshinweis

■ **Frankfurt** - Ein Symposium über „Wehrmacht - Holocaust - Widerstand“ findet am 15. Mai im Historischen Museum in Frankfurt statt. In der eintägigen Veranstaltung, die sich mit Motiven und Handlungsweisen der Militäropposition und der Bewegung des „20. Juli 1944“ befaßt, soll es darum gehen, das Selbstbild der Protagonisten zwischen „nationaler Elite“, traditionellem Antisemitismus und Antibolschewismus einerseits, und der Entscheidung zum Widerstand andererseits, zwischen seinen ideologischen Prägungen und pragmatischen Optionen genauer zu betrachten. Behandelt wird dabei ebenso die Verwicklung auch der Widerständler in den Vernichtungskrieg und in den Beginn des Holocausts. Das Eröffnungsreferat hält der Bochumer Historiker Hans Mommsen. Unter den Referenten befinden sich neben anderen ferner die Militärhistoriker Gerd Ueberschär und Wolfram Wette. Das Symposium wird vom Fritz Bauer Institut in Zusammenarbeit mit dem Kulturdezernat der Stadt Frankfurt durchgeführt. Freitag, 15. Mai, 9.30 - 18.00 Uhr, Historisches Museum Frankfurt, Saalgasse 19, Vortragssaal.

Meldungen

Inland

■ **Bad Segeberg** - Der ehemalige Funktionär der „Republikaner“ Gerd-R. Kaczinski hat ein neues Betätigungsfeld gefunden. Er avancierte zum Beauftragten der Bürgerinitiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ im Kreis Bad Segeberg. Kaczinski war Kreisvorsitzender der REP im Kreis Bad Segeberg. Über Kontakte der organisierten Rechtschreibreformgegner berichtete BNR bereits in der Ausgabe 3/97.

■ **Berlin** - Die neonazistische „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) ist seit knapp einem halben Jahr im Internet vertreten und präsentierte dort Ende April ihre 100. Ausgabe. BBZ-Angaben zufolge rufen täglich „bis zu 300 Personen, darunter zahlreiche Journalisten bekannter Nachrichtengagenturen, Zeitungen und Zeitschriften der Lizenzpresse, Schlapphüte, selberrnannte >Extremismus<-Experten, Universitäten und nationale Informationsdienste“ die Seiten der BBZ ab. Insgesamt wurden laut BBZ-Statistik innerhalb des halben Jahres 78.000 Seiten der Zeitung aufgerufen. Herausgeber Frank Schwerdt, NPD-Bundesvorstandsmitglied, will nun den elektronischen Informationsdienst im Netz weiter ausbauen. Nachgedacht wird über die Möglichkeiten eines digitalen Radio- und Fernsehprogramms via real audio player. Auch eine Multi-Media-CD-Rom ist im Gespräch.

■ **Böblingen** - Neuer NPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg ist der frühere baden-württembergische JN-Vorsitzende Michael Wendland, ehemals Führer der neonazistischen Kleingruppe „Deutsche Sozialistische Aktionsgemeinschaft“. Zu Wendlands Stellvertretern wurden der bis dato amtierende NPD-Landesvorsitzende Hartmut Hildebrandt, der 22jährige Lars Käßpler von den „Jungen Nationaldemokraten“ und der inhaftierte Ex-NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert bestimmt. Mitglied des Landesvorstands ist auch der derzeitige Vorsitzende der baden-württembergischen JN, Mike Layer.

■ **Bonn** - Mit der Idee, der Bundestag solle eine Kommission unabhängiger Sachverständiger einberufen, um Informationen über Rechts- und Linksextremismus zu sammeln, hat die FDP-Bundestagsfraktion auf den DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt reagiert. Die Freien Demokraten beantrag-

ten, eine solche Kommission solle bis Mitte 1999 arbeiten und dem Bundestag ihre Ergebnisse vorlegen. Ganz gleich, ob sich die anderen Fraktionen dem anschließen oder nicht: Ein solches Gremium ist so überflüssig wie kaum ein zweites. Der FDP ist zu raten, sich das in der Bundestagsbibliothek bereitliegende reichhaltige Material zum Extremismus zusammenstellen zu lassen. Außerdem empfehlen wir einen regelmäßigen Blick in den „blick nach rechts“.

■ **Dresden** - „Unser Ziel ist es, so viele Widerstandszellen wie möglich zu bilden“ - verkünden lautstark die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die ihre Bundesgeschäftsstelle nach Dresden verlegt hat. Laut Eigendefinition stellen die JN „eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin, deren Aktivisten hohe Einsatz- und Opferbereitschaft abverlangt wird“ dar. So heißt es in der JN-Broschüre „Eine andere Jugend - Eine revolutionäre Idee - Eine junge Politik“. Die NPD-Nachwuchsorganisation gibt sich selbstbewußt: „Wir sind das neue Deutschland“.

■ **Karlsruhe** - Am 25. April fand in Grötzingen (Landkreis Karlsruhe) eine Saalveranstaltung der „Karlsruher Kameradschaft“ mit rund 100 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland statt. Veranstaltungsort des braunen Spektakels war die Vereinsgaststätte eines Fußballclubs in Grötzingen. Als Redner trat der Münchner Neonazi Michael Swierczek (36), ehemaliger Bundesvorsitzender der 1992 verbotenen „Nationalen Offensive“ auf. Der ursprünglich ebenfalls als Star angekündigte bekannte braune Funktionär Christian Worch (42), Kopf der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ und Vize der 1995 verbotenen „Nationalen Liste“, durfte aufgrund einer behördlichen Auflage nicht reden. Angekündigt war das Treffen im Vorfeld als Jubiläumsveranstaltung unter dem Motto „5 Jahre freie Kameradschaft Karlsruhe“.

■ **Kiel** - Der „Bund Freier Bürger“ kann für die Bundestagswahlen auf weitere Verbündete zählen. Sicherte er sich in Schleswig-Holstein bereits die Zusammenarbeit von Unabhängigen Wählergemeinschaften, so kündigte jetzt auch der am 9. November 1996 in Berlin gegründete „Wählerbund Deutschland“ seine Unterstützung für die Gruppierung um Parteichef Manfred Brunner an. In Schleswig-Holstein wurden die Mitglieder des

„Wählerbundes“ vom Landesbeauftragten Helmut Reichmann aufgefordert, dem BFB beizutreten. Verbunden war dies mit der Ankündigung, diverse BFB-Kreisverbände ins Leben zu rufen. Landesvorsitzender der Brunner-Partei in Schleswig-Holstein ist der in Wyk auf Föhr wohnhafte Siegfried Pelz.

■ **Leipzig** - Die NPD durfte mit richterlicher Genehmigung zu ihrem 1. Mai-Spektakel vor dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal aufmarschieren. Hauptredner der Kundgebung „Bonn schafft nichts - Wir schaffen Arbeit“, zu der die NPD etwa 4.000 Anhänger (die Zahlengaben variieren) nach Leipzig mobilisieren konnte, war der Parteivorsitzende Udo Voigt. Die Stadt Leipzig hatte im Vorfeld mehrfach - vergeblich - versucht, die NPD-Demonstration, die schon vor einem Jahr angemeldet worden war, zu verbieten. Die Gerichte gaben den Rechtsextremisten grünes Licht.

■ **Magdeburg** - Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt vom 26. April erzielte die rechtsextremistische DVU ein Ergebnis von 12,9 Prozent (192.086 Wählerstimmen) und stellt künftig 16 Abgeordnete. Ergebnisse von mehr als 15 Prozent erzielte die Frey-Partei in folgenden zehn Wahlkreisen: Bernburg 15,5 %, Bitterfeld 17,5 %, Dessau 15,1 %. Gräfenhainischen-Roßlau 15,8 %, Halle III 17 %, Halle V 16,2 %, Halle VI 15,0, Hettstedt 15,5 %, Saalkreis 17,0 % und Wolfen 17,4 %. Über dem Landesdurchschnitt lag die DVU noch in weiteren fünf Wahlkreisen: Eisleben 13,7 %, Köthen 14,7 %, Nebra 13,6 %, Querfurt 13,6 und Zerbst 13,4 %. Die gleichfalls angetretenen „Republikaner“ konnten lediglich 0,7 Prozent (10.230 Stimmen; 1994 waren es 1,4 % und 15.478 Stimmen) für sich verbuchen. Mehr als ein Prozent erzielten sie in den Wahlkreisen: Jessen (1,4 %), Nebra (1,1), Naumburg (1,1), Wittenberg (1,1) und Zeitz (1,2). Der einzige Direktkandidat der REP, Horst Scheffler, holte im Wahlkreis Zeitz 5,1 Prozent (1.663 Wählerstimmen).

■ **München** - Erfolg kennt bekanntlich viele Väter: Franz Schönhuber, Ex-Bundesvorsitzender der „Republikaner“ und seit Jahren in Gewässern rechts von den REP fischend, sieht offensichtlich die Chance für sein politisches Comeback. Dem zu Zeiten seiner vormaligen Polit-Karriere in herzlichster Intimfeindschaft verbundenen rechtsextremistischen Kontrahenten Gerhard Frey („NS-Geschäftemacher“) will er als Zugpferd für kommende Wahlen - die Europawahlen im kommenden

Jahr und möglicherweise die Bundestagswahlen - zur Verfügung stehen. DVU-Chef Frey hat Zeitungsberichten zufolge auch den bayerischen „Republikanern“, denen zu den Landtagswahlen derzeit fünf Prozent prognostiziert werden, Gespräche angeboten. REP-Landeschef Gärtner soll allerdings erklärt haben, mit braunen und ausländerfeindlichen Parolen nichts zu tun haben zu wollen.

■ **Roigheim** - Am 25. April fand im baden-württembergischen Roigheim (Kreis Heilbronn) ein Skinhead-Konzert mit den drei rechtsextremen Szene-Bands „Höllenhunde“ (Rems-Murr-Kreis), „Centaurus“ (Frankfurt/M.) und „Zensur“ aus dem Kölner Raum in einer privaten Reithalle vor 350 Besuchern statt. Am ursprünglich vorgesehenen Veranstaltungsort, der Gemeindehalle von Langenbeutungen (Kreis Heilbronn), konnte das Spektakel nach einer Absage der Kommune nicht durchgeführt werden. Als Veranstalter fungierten nach Polizeiangaben die „Jungen Nationaldemokraten“.

■ **Stuttgart** - Für den 9. Mai ist im Großraum Stuttgart die Durchführung des „Forums Südwest“, der „traditionellen Vortragsveranstaltung der NPD Baden-Württemberg“, geplant. Als Redner sind der österreichische Alt-Nazi und ehemalige SS-Freiwillige Herbert Schweiger („Geldpolitik und die europäische Sicherheit“), der Wiesbadener Runenforscher Gerhard Heß („Alte Runen neu entdecken“) und der Revisionist Dr. Eduard Koch („Mit Liberalismus und Emanzipation von den Werten der Vorfahren in die Euro-Euthanasie der Völker“) angekündigt.

■ **Stuttgart** - In der REP-Führungsspitze scheint sich - was nicht überrascht - ein Konflikt über die politische Ausrichtung der Partei anzubahnen. Im Gegensatz zum Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer, der den auf rechtskonservativ getrimmten Kurs der REP fortfahren will, hat der baden-württembergische Landeschef und stellvertretende Bundesvorsitzende, Christian Käs, - bedingt nicht zuletzt durch den Wahlerfolg der rechtsextremistischen Konkurrenz DVU - für seine Partei künftig eine schärfere Gangart gefordert. Käs forderte ein „Ende der Leisetreterei“ und eine Verschärfung des REP-Programmatik. Der REP-Landtagsabgeordnete Wolfram Krisch hat indes in einem internen Schreiben Käs massive Versäumnisse bei der Vorbereitung der Bundestagswahl im Herbst vorgeworfen. Mitschuldig sei Käs ebenfalls an dem Debakel der REP bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und vergangenen Herbst in Hamburg.

■ **Tostedt** - Vier Menschenrechtsaktivisten im Alter von 19 bis 50 Jahren wurden im niedersächsischen Tostedt von etwa 15 Neonazis angegriffen. Zunächst hatten die rechten Schläger zwei von ihnen an einer Tankstelle angegriffen. Der 19jährige mußte im Krankenhaus behandelt werden. Als das Opfer in den frühen Morgenstunden mit drei Freunden vom Krankenhaus nach Hause ging, erwarteten sie vor der Türe schon die mit Schlagstöcken und Reizgas bewaffneten Neonazis. Eine 22jährige Frau wurde bei dem Überfall schwer, die anderen Opfer leicht verletzt. Bei der Sofortfahndung der Polizei wurde in der Nähe des Tatortes ein Skinhead festgenommen. Er durfte aber, nachdem er seinen Rausch in der Ausnüchterungszelle ausgeschlafen hatte, wieder nach Hause gehen. Ihm sei keine Tatbeteiligung nachzuweisen, so die Polizei, die den Vorfall lediglich als „eine Auseinandersetzung zwischen jungen Skinheads und Jugendlichen aus der linken Szene“ bewertet.

Ausland

■ **Dänemark (Kopenhagen)** - Zum einschlägig bekannten Kreis der Holocaustleugner hat sich der dänische Religionswissenschaftler Christian Lindtner gesellt. In der dänischen Tageszeitung „Berlingske Tidende“ konnte er unlängst einen Beitrag „Der Holocaust in neuem Licht“ publizieren. Lindtner, der zeitweilig eine Professur am Institut für frühorientalistische Studien der Universität Kopenhagen innehatte, bilanziert: „Ich brauche kaum hinzufügen, daß die moderne Forschung keine allgemeine Bestreitung des Holocaust erlaubt. (...) Doch nicht zuletzt die Rücksicht auf die vielen unschuldigen Opfer, die während des Zweiten Weltkrieges und danach ihr Leben verloren haben, macht es zur Pflicht, zwischen Mythen und Fakten zu unterscheiden.“ Der dänische Wissenschaftler soll Mitglied einer geheimen „Gesellschaft für freie Forschung“ sein. Diese wurde am 22. November 1997 gegründet, als der Schweizer Holocaustleugner Jürgen Graf einen Vortrag über Revisionismus hielt.

■ **Kanada (Ottawa)** - Dem in Toronto lebenden Deutsch-Kanadier Ernst Zündel wurde endgültig die kanadische Staatsbürgerschaft verweigert. Das Oberste Gericht lehnte einen entsprechenden Berufungsantrag des Revisionismuspapstes Zündel ab. In Deutschland liegt gegen Zündel ein Urteil des Landgerichts München wegen Leugnung des Holocausts vor.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

■ **Niederlande (Amsterdam)** - Der Wahlkampfleiter der rechtsliberalen Regierungspartei VVD, Hans van Baalen, ist von seinem Amt und Mandat zurückgetreten. Zum Verhängnis wurde dem 37jährigen seine Affinität zur NS-Zeit. Der aussichtsreiche Parlamentskandidat und Parteispitzenfunktionär soll als Schüler vor dem Hohen Haus in Den Haag die Hand zum Hitlergruß erhoben haben. Als Student, so die Vorwürfe weiter, habe er das Horst-Wessel-Lied gesungen. Hitler soll er „als genial“ beschrieben und den Propagandafilm „Triumph des Willens“ von Leni Riefenstahl als „sehr eindrucksvoll“ bezeichnet haben.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto